



Für kämpferische & demokratische Gewerkschaften!

Die Regierungsangriffe machen keine Sommerpause! Abfängerkäuf, die drohende Vollprivatisierung der VOEST, die Aufteilung der ÖBB und Angriffe auf das Gesundheitssystem. Der Beschluss der sogenannten "Pensionsreform" war der Vorgeschmack: Im Herbst werden die Angriffe der Regierung auf das Sozialsystem verstärkt werden. Der Hintergrund dieser Angriffe: International und zunehmend auch in die Österreich befindet sich die Wirtschaft in einer Krise. Die Unternehmer wollen die Kosten für diese Krise vor allem auf ArbeitnehmerInnen und Jugendliche abwälzen. Politisch stehen dabei inzwischen die Gewerkschaften im Zentrum der Angriffe von Regierung und Kapital. Kampfmaßnahmen könnten den Sozialabbau stoppen und Schwarz-Blau zu Fall bringen.

MICHAEL GEHMÄCHER, SLP-GEWERKSCHAFTSSPRECHER

Ein wichtiges Projekt der Bundesregierung ist die Zerteilung der ÖBB in 4 eigenständige Bereiche. Dies ist der Auftakt zur Privatisierung der gewinnbringenden Teile (z. B. Güterverkehr) und zu weiterem Personalabbau. Die Vorbereitungen zur Teilung sollen bis Ende des Jahres abgeschlossen werden. Im Gesundheitssystem stehen die Selbstbehalte auf der Tagesordnung. Dazu kommen noch die geplanten Privatisierungen von Voest, Post usw.

NIEMAND IST GEGEN DIESE ANGRIFFE WEHRLOS!

Die Streiks im Mai und Juni haben eindrucksvoll bewiesen, dass Hunderttausende bereit sind, mit ihrer Gewerkschaft für ihre sozialen Rechte zu kämpfen. In einem Land in dem seit 1950 kaum gestreikt wurde, ist diese Dynamik der Entwicklung besonders ermutigend! Der Streik ist nicht mehr der "große Unbekannte", von dem kaum jemand wusste, wie er "geht" und den die ÖGB-Führung bei vielen Kürzungen als Mittel der Gegenwehr ablehnte. Sehr schnell sind Streiks zu einem Teil des politischen Alltags geworden. Diese Errungenschaft gilt es jetzt zu nutzen!

IST DER WILLE ZUM WIDERSTAND GEBROCHEN?

Zeitungskommentatoren verglichen den Kampf der Gewerkschaften gegen die Pensionsre-

form mit dem Kampf der britischen BergarbeiterInnen gegen die Privatisierungspläne der Thatcher-Regierung in der 80er Jahren. Damals verlor die mächtige Bergarbeitergewerkschaft den Streik. Eine lange Gewerkschaftskrise war die Folge. Diese Situation ist mit der derzeitigen österreichischen nicht zu vergleichen. Zwar sind viele Gewerkschaftsmitglieder über die faktische Niederlage verbittert - doch herrscht nach der Kapitulation durch die ÖGB-Führung an der Basis keine Friedhofsruhe. Viele ArbeitnehmerInnen haben aus den Streiks die Schlussfolgerung gezogen, dass (Weiter-)Kämpfen möglich und nötig ist. Bereits wenige Tage nach dem 3.6. demonstrierten mehrere hundert Bedienstete der Wiener Linien gegen die Unternehmensführung. "Von Schlüssel beraubt, von der Stadtregierung belogen" war der Grundtenor der Kundgebung. Der Grund der Aufregung: Die Wiener Linien (nach wie vor 100%-Eigentum der "roten" Gemeinde Wien) planen ein zusätzliches Busunternehmen mit dem die Kollektivverträge und das alte Dienstrecht unterlaufen werden sollen (die Pläne sind derzeit auf Eis gelegt). Der Betriebsrat der Postbus AG hat einen längeren Streik zu Schulbeginn angekündigt. Anlass ist eine Verschlechterung des Arbeitszeitsystems für pragmatisierte PostbusfahrerInnen. Robert Wurm (Betriebsratsvorsitzender) meinte, die Proteste können "zwei, drei Wochen" dau-



ern. Bezeichnend ist auch, dass der Zentralbetriebsratsvorsitzende der VA-Stahl Helmut Oberchristl im Zusammenhang mit den Verkaufsurteilen an Magna, im ORF von einem "nie da gewesenen Arbeiteraufstand" sprach. Hinter diesen Ankündigungen steht natürlich eine gute Portion Schaumschlägerei, aber der Hauptmotor hinter solchen Ankündigungen ist der enorme Druck der Basis. Letztlich wird es eine entscheidende Frage sein, ob sich daraus auch politische und personelle Alternativen zum Kurs von Verzetritsch und Neugebauer entwickeln. Die vereinzelten betrieblichen Auseinandersetzungen müssen vernetzt werden. Der politische Hintergrund der Angriffe ist die oben angeführte Offensive des Kapitals zur Senkung von Lohn und Sozialkosten. Gemeinsamer betrieblicher Widerstand ist ein Gebot der Stunde. Als ersten Schritt

sollte ein eintägiger branchenübergreifender Streik organisiert werden. Ein solcher 24-stündiger Generalstreik wäre eine erste Warnung an die Regierung.

WELCHE GEWERKSCHAFTEN BRAUCHEN WIR?

Vollkommen zu Recht fühlen sich viele von der ÖGB-Spitze im Stich gelassen. Schließlich sind viele KollegInnen mit den Streiks am 6.5. und 3.6. auch ein Arbeitsplatzrisiko eingegangen - erstmals seit den 30er Jahren wurden Streikende wieder auf "schwarze Listen" gesetzt. Wer hat die Gewerkschaftsmitglieder gefragt, ob sie mit dem Ende der Streiks einverstanden sind? In solchen Fällen muss es eine Urabstimmung unter den Gewerkschaftsmitgliedern geben! Wir müssen die Gewerkschaften und den ÖGB zu kämpferischen und demokratischen Organisationen machen. Gewerkschaften mit einer Füh-

rung, welche ausschließlich dem Interesse der Mitglieder verpflichtet ist. Eine Gewerkschaft, die ohne Rücksicht auf "Staatsinteressen" für die Rechte der Mitglieder kämpft, Gewerkschaften brauchen auch ein offensives Programm. Wir brauchen Gewerkschaften, die bereit sind, mit der Profitlogik des Systems zu brechen. Es reicht nicht, nur "gegen die Angriffe" zu sein. Forderungen wie Arbeitszeitverkürzung (30 Wochenstunden bei vollem Lohn), Wertschöpfungsabgabe, echte Reichtumsbesteuerung müssen in die Auseinandersetzung eingebracht werden. 43 Milliarden Euro liegen in 1200 steuerfreien Privatstiftungen! Eine Gewerkschaft, die diesen Reichtum nicht angreift, kämpft nicht wirklich für die Mitglieder.

MACHEN SIE MIT!

Die Gewerkschaften werden nicht von selbst zu Kampforganisatio-

nen werden. Dazu ist es notwendig, eine kämpferische Opposition im ÖGB aufzubauen. Eine solche Opposition müsste über alle Fraktions- und Branchengrenzen hinweg organisiert sein. Im Oktober tagt der Bundeskongress des ÖGB. Wir wollen ein paar Tage davor die Initiative zu einer Konferenz aller unzufriedenen BetriebsrätInnen und GewerkschaftsaktivistInnen setzen. Die Konferenz sollte auch Gewerkschaftsmitglieder die aktiv in Betrieben sind sowie Arbeitslose einbinden. Alle, die kämpferische und demokratische Gewerkschaften wollen, sollten in einer Konferenz eine Grundlage dafür legen, zukünftigen Widerstand zu koordinieren.

Informationen zur Kampagne für kämpferische und demokratische Gewerkschaften unter Telefon 01/524 63 10 oder im Internet auf www.slp.at.

In dieser Ausgabe - Seiten 4/5: Welchen Weg aus der Krise?

Infos über Aktionen und SLP-News laufend neu auf www.slp.at

Der Standpunkt



Ich möchte mich in aller Form bei Lorenz Fritz, Generalsekretär der Industriellenvereinigung/IV, bedanken. Die Offenheit, mit der er über die direkten und indirekten Zahlungen der IV an Politiker, Parteien und Institution berichtete, hat den Mythos der "Objektivität" und Unabhängigkeit von Volksvertretern und "Experten" endgültig begraben. Es ist egal, ob Finanzminister Grasser legal oder illegal gehandelt hat. Auch wenn sich die fraglichen Punkte zu Vortragshono-

Wes Brot ich ess, des Lied ich sing...
Von Sonja Grusch

raren, Intervention zugunsten von Ex-Arbeitgeber und zu Freunderlwirtschaft als "legal" herausstellen, ändert das nichts. Deutlich wird, dass die Politik als verlängerter Arm der Wirtschaft fungiert. Und dass die Unternehmensebene viel Geld dafür springen lässt, ihren Kurs durchzusetzen. Für diesen Kurs sorgt Grasser mit seinem Privatisierungs- und Sozialabbauprogramm. Die Profiteure seiner Politik sind just jene, mit denen er ein gesellschaftliches Nahverhältnis pflegt. Wenn man gemeinsam in Monaco oder an anderen teuren Orten Champagner schlürft und Austern speist (auch wenn KHG dort vielleicht ein anderes Menü bevorzugte) verbindet das. Wirklich zynisch wird KHG, wenn er sich auf die Brust schlägt und auf seiner (von der IV finanzierten) Homepage seine sozialen Leistungen rühmt: "Ich habe in vielen Fällen, auch anlässlich meiner Vorträge, an das soziale Gewissen von Unternehmern appelliert." Mag sein, dass er keine Beraterhonorare kassiert hat, sondern diese für Bedürftige spendet hat. Aber: Warum sind diese Menschen bedürftig, warum können sie durch unser Sozialnetz rutschen? Weil KHG die Lächer vergrößert hat! Staatssekretär Finz hat viele Fragen in der Causa KHG unter Hinweis auf das Steuergeheimnis nicht beantwortet. Warum wird so ein Geheimnis um die Vermögen und Einkommen von Unternehmen, PolitikerInnen, ManagerInnen gemacht? Warum ist es so schwer herauszufinden, wer reich ist und wie viel Geld er/sie hat? Offensichtlich ist den Herrschenden bewusst, dass es angesichts ihrer ständigen Sparpropaganda ungemütlich werden könnte, wenn die ganze Wahrheit ans Licht käme.

Impressum:
Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), 1070 Wien, Kaiserstr. 14/11.
Druck: Druckerl Floa, Wien
Herstellungs- und Verlagsort: Wien
DVR: 0820202

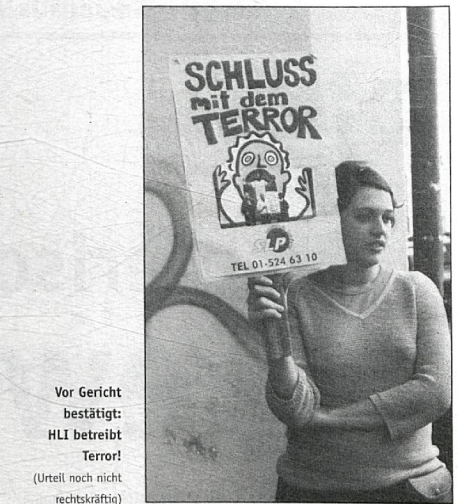
Großer Erfolg gegen radikale Abtreibungsgegner, auch wenn das Urteil noch nicht rechtskräftig ist:
Verhandlung in erster Instanz in allen Punkten gewonnen

Am 10. Juli 2003 fand der bislang letzte Verhandlungstermin im Prozess von HLI gegen die SLP statt. Die Frauensprecherin der Sozialistischen Linkspartei, Claudia Sorger, wurde vom Chef von Human Life International, einer der größten Organisationen von radikalen Abtreibungsgegnern weltweit, wegen übler Nachrede geklagt.

Anlass: In einem Artikel, der in der Volksstimme (Nr. 10/2002) veröffentlicht worden war, wurde über die Methoden der militanten Abtreibungsgegner berichtet. Seit Jahren kämpft die SLP für das Frauenrecht auf Schwangerschaftsabbruch. Dass die Klage in erster Instanz gewonnen wurde, ist ein Riesenerfolg im Kampf gegen die Abtreibungsgegner! Beim bislang letzten Verhandlungstermin am Donnerstag bestätigte Therese Beham, die Leiterin der Lucina-Klinik, den im Artikel beschriebenen Sachverhalt. Laut ihrer Aussage hat Frau Beham seit dem Jahr 2000 mehrmals Morddrohungen erhalten. Diese waren immer telefonisch und anonym. "Wenn ich nochmals vor die Klinik auftauche, bekomme ich eine Kugel in den Kopf" und "Es wurde mir mein Grabstein vorgelesen, mit Geburtsdatum, in welcher Reihe er am Zentralfriedhof stehen wird, nur das Sterbedatum hat gefehlt." Sie berichtete auch von Anschlägen auf die Klinik, von den extremen Belästigungen von HLI-AktivistInnen an PatientInnen und Klinikpersonal. Da die Morddrohungen anonym waren,

konnte "nur" ein deutlicher Zusammenhang zu den Aktivitäten der radikalen Abtreibungsgegner hergestellt werden. Konkret benennen konnte sie einen Aktivist namens Bucher, der mehrmals mit hochgestreckten Armen vor der Klinik gestanden und gerufen hatte "Herr, hilf mir, diese Klinik in die Luft zu sprengen." Frau Beham bestätigte somit die Aussagen der ehemaligen Patientinnen, die in den beiden vorigen Verhandlungsterminen ausgesagt hatten. Die betroffenen Frauen berichteten von den massiven Belästigungen und Beschimpfungen ("Du bist eine Mörderin!", "Bitte Mama, bring dein Kind nicht um!", ...). Auch ein in der Klinik zeitweise beschäftigter Anästhesist berichtete über die bedrohlichen Äußerungen der HLI-Aktivistinnen gegenüber den Frauen: "Sie können da oben sterben.", "Sie gehen in ein Schlachthaus." Insgesamt wurde im Rahmen des Verfahrens ausführlich bewiesen, dass HLI Psychoterror gegen Patientinnen und Klinikpersonal ausgeübt hat, wie die RichterIn in der Urteilsbegründung ausführte. Die Aussagen einzelner Zeuginnen gin-

gen sogar über die im Volksstimme-Artikel beschriebene Vorgangsweise der militanten Abtreibungsgegner hinaus. Der Anwalt, der die SLP und die Volksstimme in dieser Sache vertritt, Dr. Löw, bezeichnete in seinem Schlussplädoyer die Aussage einer Zeugin als die Beindruckendste und Beunruhigendste: "Das Locken der Zeugin unter falschen Voraussetzungen, nämlich, dass sie bei den Leuten von HLI einen Schwangerschaftsabbruch durchführen könne; das anschließende Festhalten von ca. 2 Stunden, währenddessen sie sich einen Film ansehen musste, das Absperren des Raumes (...) erfüllt alle Voraussetzungen der Freiheitsberaubung und der Nötigung." Im Plädoyer des HLI-Anwalts wurde der ideologische Hintergrund dieser Klage offensichtlich, als er meinte: "Es gibt kein Recht auf Abtreibung." Auf dieser Grundlage rechtfertigte er die Methoden der HLI-Aktivistinnen und das gerichtliche Vorgehen von HLI gegen Claudia Sorger. Der Anwalt, Dr. Alfons Adam, ist Obmann der ultrakonservativen "Pro Vita Bewegung für Menschenrecht auf Leben" und somit selbst Teil des Netzwerks um HLI. Nachdem die RichterIn die Klage in allen Punkten zurückwies, kündigte der HLI-Anwalt an, in Berufung zu gehen. Das noch nicht rechtskräftige Urteil ist ein Riesenerfolg. Die HLI-



Vor Gericht bestätigt: HLI betreibt Terror!
(Urteil noch nicht rechtskräftig)

Strategie der Einschüchterung ist nicht aufgegangen - im Gegenteil: Die Klage von HLI hat dem Thema zusätzliche Brisanz und damit verstärktes Interesse gebracht. Der - noch nicht rechtskräftige - Ausgang des Verfahrens in erster Instanz hat bestätigt, dass wir es hier nicht mit harmlosen Lebensschützern zu tun haben. Mit Unterstützung aus höchsten Kreisen der katholischen Kirche, ÖVP & FPÖ agieren die HLI-Aktivistinnen mit Methoden, die bis ins Kriminelle reichen. Erst jüngst sprach Bundeskanzler Schüssel über Abtreibung

als "Unrecht" der Abtreibung. In einer Aussendung von "Jugend für das Leben" wird der Kanzler mit den Worten zitiert: "Abtreibung ist eine Bedrohung, welche ein Hinschauen und Einmischen notwendig macht". Genau auf dieser Basis agieren die radikalen Aktivistinnen von HLI. Das Recht auf Schwangerschaftsabbruch muss daher weiterhin verteidigt werden. Schließen Sie sich der SLP an!
NÄCHSTE KUNDGEBUNG
Samstag, 26. Juli, um 9.00 vor der Lucina-Klinik
2, Große Sperl gasse 33

Wahlen in OÖ:

Pensionsraub und Voest-Ausverkauf

Am 28. September sind in Tirol und Oberösterreich Landtagswahlen. Auffallend ist, dass sich beide ÖVP-Landeschefs als Kritiker der schwarz-blauen Koalition aufgespielt haben. Eine offene Verteidigung des Schlüssel-Kurses ist völlig unpopulär. Wird die SPÖ davon profitieren?

FRANZ BREITER JUN.,
SLP WIEN-MITTE

OÖ bildete den Schwerpunkt beim Kampf gegen den Pensionsraub. Schon im Mai wurde unter anderem die Voest-Werkeinfahrt blockiert. Bei den großen Demos am 2. Streiktag versuchte die SPÖ, ihren Landtagswahlkampf einzuflechten. Dieser Übernahmeverversuch der SPÖ wurde von vielen KollegInnen abgelehnt. Dennoch: Die scharfen Angriffe der Schlüssel-Regierung auf soziale Rechte und die Zukunft der Industrie lassen die SPÖ möglicherweise wieder als kleineres Übel und für manche vielleicht als kleine Alternative erscheinen. Der Wunsch, die Regierungs-Parteien zu schwächen, ist verständlich. Andererseits wird die SPÖ nicht mehr durchwegs als ArbeiterInnenpartei gesehen. Daran ist die SPÖ selbst schuld: Die Zerschlagung der Verstaatlichten Industrie und damit auch der Niedergang der Voest begannen Mitte der 1980er. Für die im Oktober 1987 getroffene Entscheidung der ÖIAG, die Verstaatlichte zu zerschlagen, ist die SPÖ

maßgeblich verantwortlich.

KONSENS VON SCHWARZ-BLAU MIT SPÖ

Im März 2000 protestierten zig Tausende Menschen gegen die neue FPÖV-Regierung. Führende SPÖler gestanden zur selben Zeit in wesentlichen Fragen ihren Konsens mit dieser Regierung ein. Der ehemalige SPÖ-Finanzminister Edlinger sagte in der Sitzung des Nationalrates am 14. März 2000: "Ich stehe nicht an, grundsätzlich zu sagen, dass eine Neuorganisation der ÖIAG erforderlich ist. (FPÖ-Abg. Westenthaler: "Gott sei Dank, Konsens!")". Edlinger forderte die "Erfüllung des Privatisierungsauftrags". In der selben Sitzung sagte FPÖ-Prinzhorn zu Gusenbauer: "Vor sechs bis acht Wochen noch haben Sie Koalitionsverhandlungen geführt. Da war die Privatisierung gerade dieser Unternehmungen, die wir heute zur Diskussion stellen, ein Kernpunkt Ihrer Aktion, die Schulden der ÖIAG und der Post zurückzahlen." ... "Sie haben es in diesen 30 Jahren geschafft, die verstaatlichte Industrie um 100.000

Arbeitsplätze zu bringen." Es passt ins Bild, wenn SPÖ-Chef Alfred Gusenbauer der Regierung lediglich vorwirft, "zur Unzeit" verkaufen zu wollen. („Der Standard“, 8. Juli) Die SPÖ ist nicht grundsätzlich gegen den Ausverkauf. Das Wahlprogramm der SPÖ ist voll von Lippenbekenntnissen und hohlen Phrasen. Auffällig ist der Anfangs geradezu radikale Ton "gegen neoliberalistische Politik". Wie passt das mit der deklarierten Konsens-Politik der SPÖ-Linz gegenüber ÖVP und FPÖ zusammen oder der Zustimmung der SPÖ-Landeshauptleute zu den ÖVP-FPÖ-Budgetplänen der letzten Jahre? Wie passt das mit der tatsächlichen Politik der SPÖ in den 1980er und 1990er zusammen? Die SPÖ führte u.a. die Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten, vier Sparpakete, die erste Erhöhung der vorzeitigen Alterspension um 1,5 Jahre durch! Weiter unten wird der Wahrheit wieder Rechnung getragen: "Die SPÖ stellt sich nicht grundsätzlich gegen Liberalisierungsbestrebungen."

DER SCHWINDEL MIT DER VOEST

SPÖ-Chef Erich Haider ist nicht der einzige, der die Voest "retten" will. Die gesamte Landespolitik, Banken (Raika) und Zeitun-

gen sind angeblich "gegen die Zerschlagung". Was steckt dahinter? Das Ziel dieser "Allianz" (einschließlich ÖVP, SPÖ und FPÖ-OÖ) ist, den endgültigen Ausverkauf zugunsten einer Investorengruppe rund um Raika und österreichische Kapitalisten ablaufen zu lassen. Aus dem Text der Unterschriftenaktion der Oberösterreichischen Nachrichten (ÖÖN): "Der Firmensitz muss in Linz bleiben. Die oberösterreichischen Voest-Aktionäre müssen sich gegen einen Angriff auf die Voest zusammen tun." Es geht ihnen um die Aktionäre, nicht um die Beschäftigten!

WAS NÖTIG IST

Viele KollegInnen sind aufgrund der Kapitulation der ÖGB-Führung enttäuscht. Es stellt sich die Frage, wie die Angriffe der Regierung zurückgeschlagen werden können. Wir schlagen vor, vor dem ÖGB-Kongress Ende des Jahres ein fraktionsübergreifendes bundesweites Treffen von GewerkschafterInnen, BetriebsrätInnen und Aktiven aus Jugend sowie der globalen Protestbewegung abzuhalten. Ziele wären, den Kampf gegen weitere Angriffe der Regierung zu koordinieren und einen Grundstein für demokratische und kämpferische Gewerkschaften zu legen. Darüber

hinaus ist im Interesse von ArbeitnehmerInnen, Arbeitslosen und Jugendlichen eine neue politische Interessensvertretung nötig. Derzeit gibt es noch keinen Ansatz für eine solche neue Partei im großen Maßstab. Das heißt nicht, dass wir lediglich darauf warten sollen. Unserer Meinung nach ist die Wiederankerung grundlegender sozialistischer Ideen nötig. Zum Beispiel, dass unsere Antwort auf die Krise des Kapitalismus nicht ist, Sozialabbau mitzugestalten, sondern für die Notwendigkeit der Überwindung dieses krisenbeladenen Systems einzutreten. Dieser Standpunkt ist keineswegs absurd: Er war selbst unter einigen Teilen der Sozialdemokratie der Zwischenkriegszeit Konsens. Jene Kräfte, die sich wie die SPÖ-Führung mit dem Kapitalismus abgefunden haben, haben in Folge auch mit der konsequenten Vertretung der ArbeiterInnen gebrochen. Leider ist es der SLP heute noch nicht möglich, in Oberösterreich anzutreten, so wie wir es in Wien bereits getan haben. Unabhängig von dieser Wahl rufen wir alle interessierten KollegInnen auf, mit uns gemeinsam für den Wiederaufbau der kämpferischen ArbeiterInnen-Bewegung einzutreten.

Verstaatlichte: Der letzte Rest vom Schützenfest?

Stopp jeder Privatisierung! Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie!

Der letzte Rest der ehemaligen VOEST soll nun verkauft werden. Seit Wochen gehen deswegen die Wogen hoch. Selten zuvor wurde das Thema "Privatisierung" so heiß und heftig in der Öffentlichkeit diskutiert. SP, ÖGB und Landespolitiker laufen Sturm gegen einen Verkauf an Stronachs Magna. Statt dessen wollen sie eine "österreichische Lösung". Aber genau darin liegt das Problem, denn die VOEST und die Verstaatlichte waren immer eine "österreichische Lösung"!

VON ALI KROPP,
SLP WIEN MITTE

Nach dem Ende des 2. Weltkriegs bestand ein Problem mit der Vielzahl von deutschen Betrieben in Österreich. 2/3 der Wirtschaft und 83% der Banken waren unter deutscher Kontrolle oder Eigentum. Das österreichische Kapital war schwach und nicht in der Lage, diese Betriebe auf eigene Rechnung zu betreiben. Auf der anderen Seite bestand die Gefahr des Zugriffs durch die Alliierten oder des Verkaufs an Fremdkapital. Außerdem waren einige Betriebe überdimensioniert. Also wurde am 26. Juli 1946 das 1. Verstaatlichungsgesetz als gemeinsamer Beschluss von KPÖ, SPÖ und ÖVP beschlossen.

ROLLE DER VERSTAATLICHTEN

Es betraf hauptsächlich Unternehmen der Schwer-, Grundstoff- und Elektroindustrie. Also allesamt Wirtschaftsteile, die für den Wiederaufbau wichtig waren. Um Überkapazitäten zu verringern wurde ein Hofchen in Linz abgetragen und nach Schweden verkauft, das damals modernste Elektrostahlwerk Europas in St. Marein (bei Kapfenberg) stillge-

legt. Die Verstaatlichte spielte beim Wiederaufbau des Kapitalismus die Rolle des Motors. Sie belieferte österreichische Firmen unter dem Welthandelspreis und von vornherein nie marktwirtschaftlich orientiert. Gleichzeitig konnte die Gewerkschaft bei Lohnabschlüssen und Sozialleistungen große Erfolge in diesen Bereichen erkämpfen. Wenn die Verstaatlichte schon zu Gunsten der Privatwirtschaft arbeitete, sollten auch die ArbeiterInnen einen kleinen Teil erhalten.

DIE KRISE UND IHRE URSACHE

In den 70er kam die Talfahrt. In der Zwischenzeit gab es mehrere Umstrukturierungen der Dachgesellschaft (= ÖIAG) und die politische Festlegung, sich aus der profitträchtigen Finalproduktion zurückzuziehen. Dieser Bereich der Fertigprodukte blieb immer fest in der Hand der Privatwirtschaft. Der Wiederaufbau war abgeschlossen und die Wirtschaftskrise führte zu einem Verfall der Weltmarktpreise. Es war zunehmend für die Unternehmer billiger, Grundstoffe auf dem Weltmarkt zu beziehen. Das höhere Lohnniveau in den verstaatlichten Betrieben übte einen Druck

auf die Privatwirtschaft aus, was diese in immer stärkere politische Gegnerschaft zur Verstaatlichten brachte.

SPÖ UND ÖGB

Ein weiterer Aspekt war die Vereinnahmung durch SPÖ und ÖGB. Sie versuchten, ihre fehlende politische Perspektive in der Überbetonung der Verstaatlichten auszugleichen. Wenn schon von einer sozialistischen Gesellschaft keine Rede mehr war, präsentierten sie die Verstaatlichte als "neutrale" Zone, ohne Interessenskonflikt zwischen Arbeit und Kapital. In Wirklichkeit aber wurde sie als Abstellgleis benutzt. So wurde ein Großteil der Kosten der Reformen der Kreisky-Ära auf die Verstaatlichte abgeschoben - z.B. um die Arbeitsmarktsituation stabil zu halten, wurde kein Druck auf die Privatwirtschaft erzeugt, sondern die Verstaatlichte musste dafür herhalten. Es war klar, dass das in einem Desaster enden musste.

ZERSCHLAGUNG UND PRIVATISIERUNG

Die VOEST spielte bei all dem eine tragende Rolle. Einerseits vom Selbstverständnis her, anderer-

Europas einziger
gewinnbringender
Stahlkonzern
wäre ein
gefundenes
Fressen
für Konzerne
aller Art.



seits auch vom Weg in die Krise. Als im Herbst 1985 die VOEST Alpine AG mit einem Verlust von rund 12 Milliarden Schilling (EUR 878 Millionen) stand, war das nicht nur der Bankrott der Verstaatlichten, sondern vielmehr ein politischer Bankrott von SPÖ und ÖGB. Auf jeden Fall wurde das zum Anlass genommen, um die Privatisierung durchzuführen. Die Privatwirtschaft brauchte die Verstaatlichte als "Lokomotive" nicht mehr. Bevor die großen Blöcke (OMV, Böhler, VOEST) privatisiert werden konnten, mussten sie zerschlagen werden. Das geschah bei der VOEST bis etwa 1994. Die so entstandene VOEST Alpine TECH war die Erste im Mai 94, die VA Stahl folgte bis Anfang 96 mit der

"Teilprivatisierung". Von 1980 bis 92 gingen in der Verstaatlichten 55.000(!) Jobs verloren.

ES GEHT NICHT UM STRONACH, SONDERN UM DIE VERGESSELLSCHAFTUNG!

Auch wenn die VOEST immer als gewerkschaftlicher Vorzeigebetrieb dargestellt wird, stand die gesamte österreichische Verstaatlichte immer im Dienst des Privatkapitals und niemals im Dienst der ArbeiterInnen. Eine Tatsache, die bis heute noch gerne von SPÖ und ÖGB verschwiegen wird! Natürlich gilt es, sich gegen einen Verkauf der VOEST an Stronachs Magna zu wehren. Das aber nicht, weil Stronach der "böser" Chef als die "nicht strategische Lösung" unter Obhut der

ÖÖ Raiffeisenbank wäre. Sondern weil jede Privatisierung, egal an wen, mit Verschlechterungen für die Beschäftigung verbunden ist! Statt einer "österreichischen Lösung", braucht es eine im Interesse der ArbeiterInnen und das heißt Vergesellschaftung. Daher Mitspracherecht und ArbeiterInnenkontrolle statt Betriebsratskaiserium und Bevormundung wie in der Ex-Verstaatlichten. Eine vergesellschaftete VOEST als ersten Schritt zur Vergesellschaftung der österreichischen Schlüsselindustrie und damit zur Überwindung der kapitalistischen Profitgesellschaft zu Gunsten einer sozialistischen, gerechten und demokratisch geplanten Gesellschaft.

Ankerbrot:

Ende für Traditionsbäckerei?

Anfang Juli 03 wurde über die Wiener Großbäckerei "Ankerbrot AG" der Ausgleich eröffnet. Damit wird die Liste der toten Traditionsunternehmen nach Semperit, Grundig und vielen anderen immer länger. Vom Ausgleich betroffen ist die Ankerbrot AG direkt, nicht aber die "Anker Snack & Coffee Gastronomiebetriebs GmbH", eine 100%-Tochter der Ankerbrot, welche 201 Filialen betreibt, die in Wien inzwischen zum Stadtbild gehören. Insgesamt arbeiten bei Ankerbrot 2048 Menschen ca. 300 sind zur Kündigung angemeldet.



MICHAEL GEHMACHER,
SLP-GEWERKSCHAFTSSPRECHER

Ankerbrot hat mehrere Probleme. Erstens übernahm Ankerbrot aus der Konkursmasse des Konsums die Brotfabrik "Ährenstolz". Beide Bäckereien (Ährenstolz und die traditionelle Ankerbrotfabrik in Favoriten) konnten mit ihren enormen Produktionskapazitäten nie voll ausgelastet werden. Dieser Umstand beschleunigte eine besondere kapitalistische Absurdität: Während weltweit viele Menschen Hunger leiden, werden noch heute (selbst in Zeiten des

Ausgleichs) tonnenweise Backwaren vernichtet, bzw. stehen Produktionskapazitäten still. Zweitens: Im Frühjahr 1997 übernahm der deutsche Müllerkonzern die Ankerbrot. Dieser setzte auf eine unglaubliche Expansion und auf ein dichtes Filialnetz vor allem auf Bahnhöfen und in der Nähe von Stationen der Wiener Linien. 1997 hätte das Erfolgswort werden sollen. Müller versprach, Anker aus der Krise zu führen und Arbeitsplätze zu schaffen. Die Firma schrie rote Zahlen und borgte sich zusätzlich Geld von den Banken. "Bis zur

Jahresmitte 1997 ist die Belegschaft bereits auf 2459 reduziert worden", schrieben wir im Vorwärt vom September 1997. Wir warnten damals eindringlich vor der Illusion, der deutsche Backkrisen Müller würde Anker aus der Krise führen. Leider zu Recht - trotz der enormen Expansion wurde weiter Personal abgebaut. Gleichzeitig stiegen die Schulden. Müller hatte kein Interesse an den Brotfabriken, sondern an möglichst vielen Verkaufsstellen. Die Ankerbrot erhielt Genehmigungen zur Errichtung von Filialen, die zum Teil an sehr absurden Stellen lagen. Die kleinsten Winkel auf Bahnhöfen und U-Bahnstationen wurden zu Ankerfilialen umfunktioniert. Viele mit dem entsprechenden Dampfbackofen in dem die halbfertigen Backwaren aufgegeben werden. Arbeiten unter starker Hitze auf engstem Raum, mit extrem niedriger Bezahlung ließ dies für viele MitarbeiterInnen. Und Arbeiten auch am Wochenende, denn das Ankerbrotmanagement wollte bewusst Bahnhöfe als eine

gute Möglichkeit nutzen, die Sonntagsruhe zu umgehen. Nun hat der deutsche Backkrisen Ostendorf-Ankerbrot übernommen und will sie über den Ausgleich retten. Fest steht: an der Weiterführung der Fabrik hat auch dieser Konzern kein Interesse. So wird es demnächst nicht nur zu Kündigungen, sondern auch zur Schließung der Fabrik in Wien-Favoriten kommen. Außerdem werden wohl auch abgelegene Filialen geschlossen werden. Schon 1997 riefen wir Belegschaft, Betriebsrat und Gewerkschaft zu Kampfmaßnahmen auf. Auch heute ist klar: Eine Rettung für die Ankerbrotfabrik gibt es nur, wenn die Gewerkschaftsbewegung und die Belegschaft die Gemeinde Wien zwingt, die Fabrik zu übernehmen. In einem sinnvollen demokratischen Produktionsplan könnten dann Backwaren direkt für Krankenhäuser, Schulen, Pensionistenheime produziert werden. Das Brot könnte unter menschenwürdigen Arbeitsbedingungen in geräumigen Filialen (ohne Sitzverbot für Angestellte) verkauft werden. Schon 1997 war es ein Fehler, auf einen großen Konzern als Retter zu vertrauen. Aus diesem Fehler muss heute der richtige Schluss gezogen werden.

Interview mit einem Lokführer:

"Sehr verärgert und enttäuscht"

Die SLP hat dieses Interview mit einem Lokführer aus Salzburg geführt (Name und Person sind der Redaktion selbstverständlich bekannt). Wir meinen, dass dieser offene Stimmungsbericht jedem Gewerkschaftsführer ins Stammbuch geschrieben werden sollte.

Vorwärts: Welche Tätigkeit machen Sie?

Ich führe und bediene Triebfahrzeuge (Elektrolokomotiven, Diesel- und Triebzüge). Dabei ist der diensthabende Lokführer allein und auch in Störfällen weitgehend auf sich gestellt, er wird sowie bei technischen als auch betrieblichen Fehlern zur Verantwortung gezogen.

V: Was haben die Lokführer zu befürchten?

Durch die geplante Pensionsreform sehen die Lokführer ihren Dienstvertrag zurecht in Gefahr. Das heißt konkret Dienstverlängerung von 36,5 auf 45 Jahre, obwohl die ÖBB-Mitarbeiter 1997 zur Aufrechterhaltung des bisherigen Pensionssystems einwilligten, den Pensionsbeitrag von 10,85 % auf 16 % zu erhöhen. Damit ist dieser Pensionsbeitrag österreichweit am höchsten. Zusätzlich wurde von 38 auf 40 Wochenstunden erhöht. Was Lokführer, so wie alle anderen



ÖBB-Mitarbeiter/innen ebenfalls besorgt, ist die noch nicht konkret geplante, aber schon öfter angesprochene Privatisierung.

V: Wie stehen die Lokführer den Streikmaßnahmen gegenüber bzw. welche Stimmung gab es unter ihnen?
Die Streikbereitschaft der Kollegen war sehr groß, weil sie sich durch die geplanten Maßnahmen der Regierung ernstlich bedroht fühlen.

V: Wie wurde der Rückzug des ÖGBs vom 6. Juni empfunden?
Es war ein Einlenken gegenüber der "Sozialpartnerschaft" und hat einige Lokführer, darunter mich selbst, verärgert und enttäuscht.



Welchen Weg aus der Krise?

Bei einer Umfrage im Juni 2003 gaben 53 % der Befragten an, dass ein Wirtschaftswachstum wie in der Mitte des 20. Jahrhunderts ein für alle Mal vorbei sei. Nur 19 % glaubten, es würde wieder zu einem ähnlichen Aufschwung kommen (profil/IMAS). Bei einer anderen Umfrage im selben Monat erwarteten 89 % in ein paar Jahren erneut eine Pensionsreform (IGF). Haben die Mehrheit der ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen unrecht, wenn sie die wirtschaftliche Situation als eine Art langfristige Krise wahrnehmen? Und gibt es andere Rezepte, die diese Krise zu überwinden, als durch Pensionsreformen, neoliberalen Umbau des Sozialstaats, Privatisierung und Deregulierung?

VON SONJA GRUSCH, SLP-WIEN NORD

Den VerfasserInnen von Wirtschaftsprognosen kann eine gewisse Beharrlichkeit nicht abgesprochen werden. In jedem Bericht steht: "OK, unsere letzten Prognosen mussten wir nach unten revidieren, aber jetzt kommt er, der Aufschwung." Das Problem ist, dass wir das nun seit Jahren hören/lesen. Tatsächlich werden die Zahlen beständig nach unten korrigiert. Das Gerede vom Aufschwung muss wohl eher als Zweckoptimismus gewertet werden, da die Zahlen eine andere Sprache sprechen. Bei Investitionen, Inlandsnachfrage, Importen und Beschäftigten stand 2002 überall ein Minus davor. Und das sind deutliche Indikatoren dafür, dass die Wirtschaft wenig Erwartungen in die Zukunft hat und KonsumentInnen kein Geld haben und auch nicht damit rechnen, bald welches zu bekommen.

DEPRESSION - REZSSION - DEFLATION

Die Lage der Weltwirtschaft ist alles andere als rosig. Die Erklärungsversuche sind vielfältig ("der drohende Irak-Krieg", "der Irak-Krieg", "die unsichere Lage nach dem Irak-Krieg", "SARS", "die vergangenen Wahlen", "die nächsten Wahlen"...) aber sie alle gehen an der Grundproblematik vorbei. Nämlich dass der Kapitalismus sich in einer Krise befindet. Genau genommen befindet sich das System seit den 70er Jahren in einer Periode der Depression. Das bedeutet, dass sich langfristig das Wachstum verlangsamt und Einbrüche tendenziell heftiger und folgenschwerer werden. Auch die aktuellen Zahlen zeichnen ein Bild von Rezession und Krise: Die Wirtschaft der Eurozone stagnierte im ersten Halbjahr 2003. Und für das dritte Quartal geht die EU-Kommission für die Eurozone von einem Wachstum von mageren 0,2-0,4 % aus, für das ganze Jahr 2003 nach der dritten Korrektur nach unten mit bestenfalls 0,7%. Für Deutschland rechnen die jüngsten Prognosen für 2003 sogar mit einem "Minuswachstum", d.h. mit 0,1%. In den USA ist die Arbeitslosigkeit auf inzwischen 9,4 Millionen Menschen gewachsen und hat damit den höchsten Stand seit April 1994 erreicht.

Seit März haben 913.000 Menschen ihren Job verloren. Darüber hinaus hat die USA ein enormes Leistungsbilanzdefizit und brauchen täglich 1,5 Milliarden Dollar, um dieses zu finanzieren. Der dritte Wirtschaftsblock Japan ist seit über 10 Jahren in der Rezession inklusive Phasen der Deflation. Es wird befürchtet, dass es zu einer Ausweitung der Deflation, d.h. zu einer Preisspirale nach unten, drastischen Konsumeinbrüchen und damit zu einer tiefen Krise in Europa und den USA kommt.

KONKURRENZ, KRIEGSGEFAHR UND KAPITALKONZENTRATION

Der durch die Krise steigende Konkurrenzdruck ist eine wesentliche Ursache für die zunehmende Anzahl an bewaffneten Konflikten und Krisenherden.

| | | |
|----------------------------------|---------------------------------|------|
| Bruttoinvestitionen, real | 2002 Veränderung gegenüber 2001 | -5,6 |
| Inlandsnachfrage, real | 2002 Veränderung gegenüber 2001 | -1,1 |
| Warenimporte, real | 2002 Veränderung gegenüber 2001 | -1,7 |
| Unselbständig aktiv-Beschäftigte | 2002 Veränderung gegenüber 2001 | -0,5 |

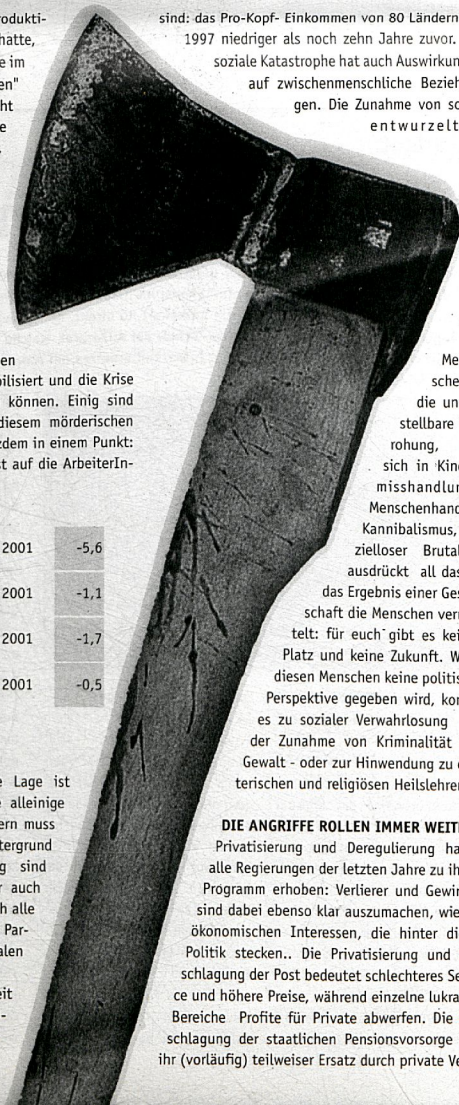
Die eigenen Märkte sollen geschützt werden. Interessensgruppen und Konzerne drängen darauf, ihre Einflussphären rund um den Globus klar abzustechen bzw. auszuweiten.

Der Irakkrieg war der Versuch der USA, ihre weltweite Dominanz zu festigen. Der "Widerstand" von Deutschland und Frankreich war vor allem bedingt durch ihr eigenes wirtschaftliches Engagement in der Region. Eines scheint sicher: Krieg wird am Beginn des 21. Jahrhunderts wieder stärker zum Instrument der Herrschenden aller Länder, ihre ökonomischen und politischen Interessen gegenüber der Konkurrenz durchzusetzen. Die schwache Weltwirtschaft hat den Konzentrationsprozess weiter verschärft. Vor allem der Finanzsektor, in welchem sich das Kapital in den letzten Jahren aus dem

zunehmend unprofitablen produktiven Bereich zurückgezogen hatte, ist davon betroffen. Ebenso wie im Sektor der "Neuen Technologien" verschwinden quasi über Nacht ganze Konzerne und hunderte Milliarden Dollar oder Euro. Nach Statistiken der US-Notenbank ist die Zahl ausländischer Filialen oder Repräsentanzen von Banken in New York seit 1997 um 37 % zurückgegangen.

Weder der Aufschwung der Aktienmärkte in der Vergangenheit, noch das Wundermittel der neuen Technologien haben die Weltwirtschaft stabilisiert und die Krise des Kapitalismus überwinden können. Einig sind sich die KapitalistInnen in diesem mörderischen Verdrängungswettbewerb trotzdem in einem Punkt: Die Kosten der Krise möglichst auf die ArbeiterInnenklasse abzuwälzen.

sind: das Pro-Kopf-Einkommen von 80 Ländern lag 1997 niedriger als noch zehn Jahre zuvor. Die soziale Katastrophe hat auch Auswirkungen auf zwischenmenschliche Beziehungen. Die Zunahme von sozial entwurzelten



Menschen, die unvorstellbare Verrohung, die sich in Kindesmisshandlung, Menschenhandel, Kannibalismus, oft zielloser Brutalität ausdrückt all das ist das Ergebnis einer Gesellschaft die Menschen vermittelt: für euch gibt es keinen Platz und keine Zukunft. Wenn diesen Menschen keine politische Perspektive gegeben wird, kommt es zu sozialer Verwahrlosung wie der Zunahme von Kriminalität und Gewalt - oder zur Hinwendung zu esoterischen und religiösen Heilslehren.

DIE ANGRIFFE ROLLEN IMMER WEITER

Privatisierung und Deregulierung haben alle Regierungen der letzten Jahre zu ihrem Programm erhoben: Verlierer und Gewinner sind dabei ebenso klar auszumachen, wie die ökonomischen Interessen, die hinter dieser Politik stecken. Die Privatisierung und Zerschlagung der Post bedeutet schlechteres Service und höhere Preise, während einzelne lukrative Bereiche Profite für Private abwerfen. Die Zerschlagung der staatlichen Pensionsvorsorge und ihr (vorläufig) teilweiser Ersatz durch private Versi-

SOZIALE KRISE FÜHRT ZU ENTMENSCHLICHUNG

Die missliche wirtschaftliche Lage ist auch in Österreich nicht die alleinige Schuld einer Regierung, sondern muss vor dem internationalen Hintergrund gesehen werden. Unschuldig sind Schüssel, Grassler & Co. aber auch nicht. Sie stehen - wie letztlich alle vier im Parlament vertretenen Parteien - für einen neoliberalen Kurs. Diese Politik führt weltweit dazu, dass Armut, Elend, Hunger, Seuchen, Umweltzerstörung und Krieg im Vormarsch

cherungen ist nichts anderes, als den Versicherungen einen neuen lukrativen Markt zu eröffnen. Am 1.7. ermächtigt die Regierungsparteien Grasser dazu, die 62.000 Wohnungen der Bundeswohnbaugesellschaft" (BUWOOG) "bestmöglich zu veräußern". Also das Grundrecht auf Wohnen noch weiter den noch teureren, privaten Spekulanten zu öffnen. Ende Juni forderten die Immobilienrethändler, dass Wohnungen der Kategorie D (Substandard-Wohnungen) teurer werden sollen. Einer der nächsten Brocken, die die Regierung privatisieren will, (auch wenn sie das noch nicht als Ziel formuliert hat, aber aktiv vorbereitet) sind die ÖBB. Geplant ist die Aufgliederung in 271 Einzelbetriebe und der Abbau von über einem Viertel der Beschäftigten. Dass durch die Aufgliederung gleich rund 1/3 der PersonalvertreterInnen reduziert wird, ist ein für die Regierung angenehmer Nebeneffekt, da so potentielle KritikerInnen reduziert werden.

Der Arbeitsmarkt wird "liberalisiert", d.h. die Arbeitsschutzgesetze werden aufgeweicht. Um die Kosten für die Unternehmen zu reduzieren, werden Überstundenzuschläge abgeschafft. Arbeit auf Abruf verlangt, Arbeitslose massiv unter Druck gesetzt. Wenn Arbeitslose immer stärkeren Repressionen ausgesetzt sind bzw. nach den Plänen der Regierung bald teilweise völlig ohne Geld dastehen (Abschaffung der Notstandshilfe), dann macht sie das erpressbar. Arbeitslose sind eher bereit, diese Arbeits- und Einkommensbedingungen zu "akzeptieren". "Flexibilisierung" und "Deregulierung" der letzten Jahre bedeuten eine US-Amerikanisierung des Arbeitsmarktes. In den USA sind die Reallöhne seit den 70er Jahren zurückgegangen. Es gibt 32,9 Millionen Arme, darunter Millionen "Working poor"; Menschen die in ihrem Job so wenig verdienen, dass sie dennoch arm sind. Die Zahl der nicht krankenversicherten Menschen steigt konstant an und lag 2001 bei 41,2 Millionen Personen (= 15% der Bevölkerung). Im Gegensatz dazu verfügen US-Präsident Georg W.Bush und seine Familie nach eigenen Angaben über Aktien, Grundstücke und anderes Vermögen im Umfang von 8,8 Millionen US-Dollar. Diese Entwicklung kann nicht auf die Korruption und Gier einzelner UnternehmerInnen oder von Teilen der UnternehmerInnenschaft reduziert werden: Sie sind Markenzeichen eines kranken Systems.

DER STEIN DER WEISEN

Dass wirtschaftlichen Probleme existieren und diese soziale und politische Auswirkungen haben, darüber herrscht weitgehender Konsens. Weit auseinander klaffen dagegen die Überlegungen, wie die Probleme gelöst werden können. Unter bürgerlichen Ökonomen gab und gibt es im Wesentlichen zwei Hauptstränge: Der Staat soll sich möglichst aus allem raushalten, alle Regulierungen und Beschränkungen (= Schutzbestimmungen) beseitigen und der Wirtschaft völlig freie Hand lassen.

Dieser Ansatz hatte verschiedene Namen: Monetaristen, die Chicago Boys, Liberalismus, Neoliberalismus. Die andere Schule spricht dem Staat eine regulierende Funktion zu. Er soll dem Kapitalismus ein menschliches Gesicht geben und versuchen, durch Nachfragestimulation die Wirtschaft anzukurbeln, und damit die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus in den Griff zu nehmen. VertreterInnen dieser Denkrichtung stehen für Keynesianismus, Neokeynesianismus, Staatsinterventionismus, Deficit Spending. In reiner Form treten beide Formen allerdings selten auf. Oft fordern Neoliberale staatliche Intervention, um bankrotte Firmen aufzufangen oder treten Keynesianer für Flexibilisierungen ein, um die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Die 80er und insbesondere 90er Jahre waren geprägt vom Neoliberalismus. Mit Hilfe der internationalen Institutionen des Kapitals (WTO, Weltbank, IWF) und durch Wirtschaftsbündnisse wie die EU wurde privatisiert, liberalisiert und der Arbeitsmarkt flexibilisiert. Krisen verhindern konnte man mit diesem Konzept nicht.

DIE RÜCKKEHR VON KEYNES?

In letzter Zeit sind vor allem aus der Gewerkschafts- und globalen Protestbewegung wieder Stimmen für Nachfragestimulation laut geworden. Der Staat soll wie in den 70er Jahren investieren, Geld ausgeben, um die Nachfrage anzukurbeln, und damit die Wirtschaft beleben. Einer der Hauptkritikpunkte des ÖGB an der Pensionsreform war, diese würde die Kaufkraft schwächen. Mit diesem Argument hoffte man, Unternehmer an Bord zu bekommen und "ver-

nünftig" zu erklären, dass das Regierungskonzept für "die Wirtschaft" schlecht wäre. Vergessen wird bei dieser Überlegung, dass jeder Unternehmer grundlegend widersprüchliche Interessen hat. Jeder einzelne will und braucht möglichst niedrige Produktionskosten (also auch Löhne, Steuern, Sozialabgaben), um konkurrenzfähig zu bleiben. Jeder einzelne will und braucht aber auch Nachfrage, um die eigenen Produkte loszuwerden. Die ideale Wirtschaft für jeden einzelnen Unternehmer: selbst zahlt man Hungerlöhne, aber die anderen zahlen Spitzenlöhne. Tatsächlich ist die Möglichkeit, durch staatliche Maßnahmen die Nachfrage (und damit die Konjunktur) im Kapitalismus zu beleben, nicht von den allgemeinen Rahmenbedingungen zu trennen. In den 70er Jahren, als Kresky den "Austro-Keynesianismus" betrieb, waren die Voraussetzungen anders. Ein zurück in diese Zeit, so sehr es sich GewerkschaftsführerInnen auch wünschen, ist nicht möglich. Damals hatte die Wirtschaft einen rund zwanzigjährigen Aufschwung hinter sich und enorme Reserven angehäuft. Heute hat sie eine zwanzigjährige Depression hinter sich und das einzige was angehäuft wurde sind Schulden. Staatsintervention bedeutet heute, dass der Staat Feuerwehr spielt und bankrotte Privatbetriebe aufhängt. Nach dieser Form von Baldtatsinterventionismus rufen jüngst auch eingeschworene Vertreter des Neoliberalismus. Von Jörg Haider hört man, dass in "konjunkturell schwieriger Zeit" ein "antizyklisches In-

zept" präsentieren, da in der angespannten wirtschaftlichen Lage jedes Zugeständnis an die ArbeiterInnenklasse, jedes Zuwartens beim Sozialabbau, einen schmerzlichen Einschnitt für die KapitalistInnen darstellt. Das bedeutet nicht, dass keine Verbesserungen erreicht werden können, aber sie müssen gegen härteren Widerstand und entschlossener als in den vergangenen Jahrzehnten erkämpft werden. Zu diesem Kampf aber ist der größte Teil der Gewerkschaftsführung nicht bereit. Und daher bricht sie Kämpfe ab, anstatt sie weiter zu führen.

ES GIBT ALTERNATIVEN ZUM SOZIALABBAU

Viele Millionen an Steuergeldern werden verschwendet, um mittels Werbekampagnen zu überzeugen, dass die Pensionen nun sicher seien. So wie vor 3 Jahren das Nulldefizit teuer beworben wurde. Keineswegs dürfen wir uns der Illusion hingeben, irgendetwas sei einfach so, wie es uns dargestellt wird. Die scheinbare Objektivität von PolitikerInnen, ExpertInnen und Forschungsinstituten werden oft direkt von Interessensvertretungen bezahlt. Die Industriellenvereinigung vergibt Millionen an die ÖVP und die FPÖ (als Parteien sowie an individuelle Abgeordnete) an das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung, die Gesellschaft für Europapolitik und wie jüngst bekannt wurde an Finanzminister Grasser. "Wir wissen dann im Detail, was dort läuft" plaudert Lorenz Fritz, Generalsekretär der Industriellenvereinigung aus dem Nähkästchen. Und:



Viele haben erkannt: Die Sparpropaganda ist eine große Lüge.

vestieren" gefragt sei. Bush investiert in die Industrie, wenn auch nur in die Rüstungsindustrie.

GEWERKSCHAFT OHNE ALTERNATIVE

Am 3.6. streikten in Österreich über eine Million Menschen. Drei Tage später erklärt die ÖGB-Führung es werde keine weiteren Streiks geben. Nach vierwöchigen Streiks in der ostdeutschen Metallindustrie wird der Streik ergebnislos abgebrochen. Während zehntausende ArbeiterInnen auf einer Großdemonstration in Marseille Generalstreik verlangten, forderte der Gewerkschaftsführer Bernard Thibault von der CGT Verhandlungen. Nachdem 2002 in Italien 3 Millionen demonstriert und das ganze Land gestreikt hatte, geschah nichts. Immer wieder kommt es in jüngster Zeit zu Mobilisierungen, Streiks und Demonstrationen, an denen sich Tausende, Hunderttausende, Millionen beteiligen und die dann einfach abgebrochen werden. Grund für dieses Vorgehen der Gewerkschaften ist das Fehlen einer Alternative. Sie haben keine Alternativen zu den Kürzungsplänen, weil diese im Rahmen des Systems gedacht logisch sind. Sie haben keine Alternativen zu den regierenden Parteien, weil sie keine aktiven Schritte setzen, um solche zu gründen. Und sie haben keine Alternative zum System des Kapitalismus und damit auch nicht zur Logik des Kapitalismus.

Bei Streiks entwickelt sich immer auch eine Dynamik. Die ArbeiterInnenklasse lernt ihre eigene Stärke kennen und erkennt die Rolle der Gewerkschaftsführung, die oft mit den UnternehmerInnen klopft, anstatt die Interessen der Mitglieder kämpferisch zu vertreten. Die Privilegien und die Unverfrorenheit der Herrschenden werden schärfer kritisiert. Die ArbeiterInnen geben sich nicht mit faulen Kompromissen zufrieden, sondern wollen ein größeres Stück vom Kuchen oder sogar den ganzen Kuchen. Vor dieser Entwicklung hat die Gewerkschaftsführung Angst. Sie kann keine Gegenkon-

ze "Der Kurwechsel war uns verdammt viel wert". Es wurde viel Geld investiert, um den neoliberalen Kurs zu beschleunigen.

Die harten Fakten zeigen, wohin dieser neoliberale Kurs führt. Österreich ist ein Steuerparadies für Unternehmen und Reiche. In den letzten Jahren hat eine massive Umverteilung von unten nach oben stattgefunden. Bei der Gewinn- und Vermögensbesteuerung ist Österreich Schlusslicht, die Austrian Business Agency wirbt damit, dass in Deutschland die Besteuerung von Unternehmensgewinnen doppelt so hoch wie in Österreich ist. Durch die unter einem SPÖ-Kanzler erfolgte Abschaffung der Vermögens- und Gewerbesteuer und die Einführung des Stiftungsrechtes (beides 1993) entgehen dem Staat jedes Jahr Milliardenbeträge. Die Ungleichheit verschärft sich noch durch Steuerhinterziehungen und Abschreibungsmöglichkeiten für Selbstständige und Unternehmen und die Existenz von Konsumsteuern (Umsatzsteuer, Mineralölsteuer). Deutlich wird die Umverteilung von unten nach oben in der Entwicklung der Einnahmen aus Umsatzsteuer und Lohnsteuer einerseits, die massiv ansteigen, und Vermögens- und Einkommenssteuer (aus selbständiger Tätigkeit), die sinken. Würden die Stiftungen genauso besteuert, wie jedes Sparbuch, brächte das jährlich zusätzliche Einnahmen von rund 730 Millionen Euro. Mit einer Gewinnsteuerquote von Finnland hätte Österreich tatsächlich ein Nulldefizit, mit jener der Niederlande sogar einen Überschuss in Milliardenhöhe. Durch eine Wertschöpfungsabgabe (eine "Maschinensteuer", bei der nicht die Arbeitskraft, sondern die in einem Betrieb produzierten Werte als Berechnungsbasis für die Steuerleistung des Betriebes herangezogen werden) würde dazu führen, dass Unternehmen für die Arbeitslosen, die sie durch Stellenabbau produzieren, auch einen finanziellen Beitrag leisten müssen. Durch eine Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden bei vollem Lohn würde die Arbeitslosigkeit effektiv be-

kämpft werden. Das heißt, dass nicht nur zusätzliche Beiträge in die Sozialversicherungen fließen würden, sondern auch weniger für Arbeitslosengeld und Notstandshilfe aufgewendet werden muss.

ES GIBT KEINE "GEMEINSAMEN INTERESSEN"

Von derartigen Maßnahmen würden mit ganz wenigen Ausnahmen so gut wie alle in Österreich lebenden Menschen profitieren. Nicht profitieren würden Unternehmer und wirklich Reiche. Denn zur Finanzierung dieser Maßnahmen müssten ihre Profite erhalten. Es würde eine Umverteilung von oben nach unten stattfinden.

Aber von selbst wird das nicht geschehen. Jede Verbesserung der letzten 150 Jahre hat sich die ArbeiterInnenbewegung mühsam und nur gegen den Widerstand der UnternehmerInnen erkämpft. Nicht immer waren Kämpfe nötig, manchmal reichte die Drohung. Aber freiwillig und gerne haben sie die Zugeständnisse nie gemacht. Immer haben sie erklärt, Arbeitszeitverkürzung, höhere Löhne oder Sozialabbau würden die Wirtschaft ruinieren. Ganz falsch ist dieses Argument zumindest nicht: Denn die Stoßrichtung dieser Maßnahmen ist der Logik des Kapitalismus diametral entgegengesetzt. "Menschen vor Profite" diese scheinbar harmlose Losung der globalen Protestbewegung bedeutet heute, unvermeidlich die Grenzen des kapitalistischen Systems zu sprengen. Denn jede Erhöhung der Kosten sind für Unternehmen zunehmend ein unlösbares Problem, da die Konkurrenz steigt und die einzelnen Betriebe versuchen, durch Kostensenkung wettbewerbsfähig zu bleiben. Aber: Was ist das für ein System, indem es "notwendig" ist, den Lebensstandard der Massen zu senken? In dem es notwendig ist, dass Menschen hungern, frieren und in Armut leben? Im Kapitalismus gibt es unterschiedliche Interessen. Dominiert wird er durch die Profitinteressen der KapitalistInnen, die unter aller Leben dominieren. Warum "muss" es sein, dass 11,3 % aller Beschäftigten in Österreich eine Normalarbeitszeit von über 40 Stunden pro Woche haben und gleichzeitig 2-300.000 Menschen (je nach Berechnung und Jahreszeit) arbeitslos sind? Warum "muss" es sein, dass 75% aller Pensionsleistungen unter 1000 Euro/Monat liegen (2001) und durch den Pensionsraub der Regierung die Pensionen noch weiter abgesenkt werden? Warum "muss" es sein, dass in Österreich, dem achtreichsten Land der Erde, die Armutsquote bei 13 % liegt und gleichzeitig in rund 2000 Privatstiftungen fast 40 Milliarden Euro steuerfrei liegen? All das "muss" nicht sein, ist nicht naturgegeben und ganz sicher nicht gerecht.

Die Streiks und Bewegungen in Deutschland, Frankreich, Italien und Griechenland, wo es ähnliche Angriffe auf das Sozialsystem gibt wie bei uns, haben gezeigt, dass sich international Widerstand regt. Widerstand gegen die Angriffe, aber auch zunehmend gegen das System des Kapitalismus.

2001 trugen DemonstrantInnen am 1. Mai in London ein Transparent mit der Aufschrift: "Ersetzen wir Kapitalismus durch etwas Besseres". Dieses "Bessere" ist eine Gesellschaft, in der nicht mehr Profite, sondern Bedürfnisse zählen. Eine Gesellschaft, in der es keinen Hunger, keine Kriege und keine Ausbeutung mehr gibt. In der der Reichtum der Gesellschaft für alle, und nicht nur für wenige eingesetzt wird. Wo nicht für die Entwicklung von Waffen, sondern Medikamenten geforscht wird. Wir nennen eine solche Gesellschaft Sozialismus. Um der Logik "Wirtschaftskrise - Angriffe auf den Lebensstandard der ArbeitnehmerInnen" etwas Wirkungsvolles entgegen zu setzen, müssen wir uns international zusammenschließen, um die Angriffe abzuwehren. Zu diesem Zweck ist die SLP Sektion im Komitee für eine ArbeiterInneninternationale. Wenn auch Sie nicht zu den "Gewinnern" der Regierung und des Kapitalismus gehören, dann werden Sie mit uns aktiv!

KRISE IM KAPITALISMUS: WER SOLL DAS BEZAHLEN?

Eine sozialistische Antwort.

Neue Broschüre der SLP
Erscheint Anfang August 2003. Jetzt bestellen!

Infos: www.slp.at Bestellen: 01/524 63 10

Gefahr durch Rechtsextremismus wächst wieder

Auf Österreichs Straßen wird man wieder häufiger mit Nazis konfrontiert, was das Wachstum rechts-extremen Gruppen bestätigt. In Oberösterreich zum Beispiel verteilen sie Flugblätter, wie etwa für den "Tag der volkstreu Jugend" am 8 März in Nettingsdorf/00 oder malen Hakenkreuze an Bahnhöfe und Lokale. Zudem attackieren sie sichtbar linksorientierte Menschen, wie ein Linzer Genosse am Urfahrer Markt leidvoll miterleben musste. Ich habe selbst gehört, wie sie in einer Nacht am Linzer Bahnhof Parolen wie "Nigger raus aus Österreich" gegrölt haben. In Marchtrenk, wo die rechts-extreme Gruppe "BFJ" ebenfalls Treffen abhält, beginnen Nazis des öfteren Schlägereien.

Das Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands (www.doew.at) schreibt über die AFP: "In ihren Zeitschriften finden sich immer wieder Beiträge mit neonazistischer und "revisionistischer" Tendenz; unter anderem wird auch für Publikationen

2002 mit ihrer Gegenkundgebung zur Wehrmachtausstellung in Wien in die Schlagzeilen kam, mobilisiert der BFJ Offen für ihre Ziele. Die Politik der österreichischen Regierung gab ihnen die Möglichkeit, wieder zu wachsen. Das brutale Vorgehen der Behör-

kationen können wir selbstverständlich nicht hinnehmen! Sowohl bei der schließlich verbotenen Nazi-Demo in Salzburg im Sommer 2002 als auch beim BFJ Treffen in Nettingsdorf im März 2003 waren die GegendemonstrantInnen in der Überzahl und beides konnte so verhindert werden. In Salzburg war es die Initiative von SWI und der SLP.

GÜNTER MÖRTENBÖCK,
SLP-LINZ

Trotz FPÖ-Krise: Die rechte Gefahr ist nicht gebannt. Aufgrund der kapitalistischen Krise und der Politik von Schwarz-Blau kommen wir heute einer ähnlichen sozialen Situation wie in den 20er/30er Jahren immer näher. Jugendliche sind besonders betroffen: Es wird in die Bildung eingeschnitten, wodurch JunglehrerInnen durch Stundenkürzungen keinen Arbeitsplatz erhalten und SchülerInnen den gleichen Stoff in weniger Stunden erlernen müssen. Viele SchülerInnen können dem Druck nicht mehr standhalten und benötigen Nachhilfe, der aber für einkommensschwächere Eltern nicht zu finanzieren ist. Zusammen mit den Studiengebühren ist es dieser Regierung sicher gelungen, die Bildung wieder zu einem Privileg der Reichen zu machen. Weiters wurden Förderkurse für ausländische SchülerInnen gestrichen. In Zukunft wird es nur Jugendlichen mit reichen Eltern möglich sein, eine gute Ausbildung zu genießen. Alle anderen werden gezwungen sein, eine Lehre zu absolvieren. Allerdings kam es schon während der letzten Jahre zu einem deutlichen Stellenrückgang (ausgenommen Lehrstellen in Bauarbeiterbranchen) und zu einem Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit. Es wird immer weniger freie Lehrstellen geben, obwohl zeitgleich immer mehr Jugendliche auf eine Lehrstelle angewiesen sein werden. Aber nur eine Minderheit der Betroffenen sieht die Ursache im Kapitalismus. An diesem Punkt kön-



nen rechtsextreme Gruppen ansetzen und z.B. AusländerInnen als Sündenböcke darstellen. Solange es zumindest nicht gelingt eine kämpferische Alternative von links aufzubauen, welche die Rechte und den Kapitalismus konsequent bekämpft. Trotz der Dauerkrise der größten rechtsextremen Partei - der FPÖ - zeigt sich diese Tatsache an den in letzter Zeit wieder stärkeren Umtrieben derartiger Gruppen in Oberösterreich.

RECHTSEXTREME WEITER AKTIV
Eine wichtige rechtsextreme Gruppe ist die AFP (Arbeitsge-

meinschaft für (demokratische) Politik). Die AFP wurde 1975 wegen Verstoß gegen das Verbotsgesetz aufgelöst und unter jeweils leicht abgeändertem Namen zweimal neugegründet. Ein schlagender Beweis dafür, dass wir uns auf den Staat und seine Gesetze beim Kampf gegen Rechts nichts verlassen dürfen. Auch wenn die "harte" Nazi-Szene in den 90er scheinbar etwas zurückgedrängt werden konnte, existierte sie weiter. Viele Rechtsextremisten wurden von der FPÖ mit Posten und Funktionen versorgt. Jetzt zeigt sich dieses "harte" rechte Lager wieder deutlicher.

geworben, in denen die Existenz von Gaskammern zur Ermordung von Menschen in nationalsozialistischen Konzentrations- und Vernichtungslagern gelehrt wird." Weiters verfüge "die AFP über gute Kontakte zur FPÖ". Auf der 26. "Politischen Akademie" (1991 in Weyer) nahm auf Einladung der AFP der spanische Neonazi Pedro Varela teil. In einem Referat lobte er Hitler als "zweiten Erlöser der Menschheit". Der BFJ (ehem. AFP-Jugend) versteht sich als eine Nebenorganisation der AFP und wurde Anfang 2003 offiziell gegründet. Neben der KSG (Kameradschaft Germania), die im April

den gegen AntifaschistInnen bestärkte die KSG in Wien und Salzburg selbst Demonstrationen oder den BFJ in Nettingsdorf/00 einen "Tag der volkstreu Jugend" unter Teilnahme hinreichend bekannter Rechtsextremisten, durchzuführen. Selbst an Antikriegsdemonstrationen versuchte sich der BFJ zu "beteiligen". Der BFJ wollte die Antikriegsbewegung als Vorwand für seine antisemitische Hetze (gegen den angeblichen "jüdischen" Einfluss auf die Bush-Regierung) missbrauchen. Aus einer Antikriegsdemo in Linz wurden die BFJler sofort rausgeschmissen. Solche Provo-

AKTIV GEGEN RECHTS!
Der ursprünglich auf Marchtrenk/00 beschränkte BFJ, deren Aktivisten schon im Mai 2002 durch Protestaktionen gegen die Wehrmachtausstellung in Wels aufgefallen waren, versucht mit Gruppen in Linz, Wels, Marchtrenk, Ried, Braunau und Leonding für rechtsradikales Gedankengut anfällige Jugendliche zu gewinnen. Experten schätzen das Umfeld in Linz auf rund 100 Sympathisanten. Im Linzer Stadtteil Neue Heimat ist der BFJ zudem in Besitz eines eigenen Lokals. Wir werden in Oberösterreich in nächster Zeit einige Aktionen gegen den BFJ durchführen. Schon heute mehren sich die Berichte von gewalttätigen Übergriffen von Rechtsextremen in vielen Orten Österreichs. Wir sind gleichzeitig in der Lage, dem entgegenzutreten. Wir sind der Überzeugung, dass breite Information über die Gefahren und Ursachen des Rechtsextremismus und die Einbindung möglichst vieler ArbeitnehmerInnen, Jugendlichen, Gewerkschaften und MigrantInnenorganisationen in Aktionen gegen BFJ und ähnliche Gruppen notwendig sind. Dazu gehört auch, eine starke linke Alternative gegen Sozialabbau und Arbeitslosigkeit aufzubauen. Alle, die gemeinsam mit uns gegen Naziorganisationen wie den BFJ aktiv werden wollen, sind herzlich eingeladen, zu einem unserer Treffen zu kommen oder uns zu kontaktieren.

kalender + Veranstaltungskalender + Veranstaltungskalender + Veranstaltung

Keine Abo-Karte mehr?



Abo per Telefon bestellen:
01/524 63 10

Die SLP-Treffpunkte:

- WIEN-WEST:** Jeden Mi. um 19.30 Uhr Club International, 16., Payerg. 14
- WIEN-MARGARETEN:** Jeden Do. um 19.30 Uhr; Bunte Kuh, 5., Zentg./Siebenbrunneng.
- WIEN-MITTE:** Jeden Mittwoch um 19 Uhr im Amerlinghaus, 7., Stiftgasse 8
- WIEN-NORD:** Jeden Freitag, 19.00 Uhr "Peer Gynt", 20., Jägerstr. 38
- SLP-LINZ:** Jeden Samstag, 19.00 Uhr "Alte Welt" (Hauptplatz)
- SLP-GEWERKSCHAFTSTREFFEN (WIEN):**
Treffen und Themen bitte erfragen: slp@slp.at oder (01) 524 63 10

Die SWI-Treffpunkte:

- Jeden Montag um 19.00 Uhr Amerlinghaus, 7, Stiftgasse 8
* weitere Treffen bitte erfragen

Die SLP im Sommer:

- SLP-SOMMERORTSGRUPPE:**
ACHTUNG: Im Juli und August sind alle nebenstehenden Treffpunkte zusammengelegt. Ab September wieder normaler Betrieb. Theoriediskussion ab 18.00 Uhr, Thema ab 19.00 Amerlinghaus, Wien 7., Stiftg. 8 (U2, U3 Volkstheater)
- 23. Juli:** Theorie: Keynesianismus: Staatsintervention und Nachfrageankurbelung als Ausweg aus der Krise?, Thema: Krise des Kapitalismus: Ist ein Kapitalismus mit menschlichem Anlitz überhaupt möglich?
- 30. Juli:** Theorie: Was ist Trotzismus?, Thema: Trotzismus in Österreich
- 6. August:** Theorie: Geschichte des CWI, Thema: Der Sozialismus ist international: Bericht von der CWI Sommerschulung
- 13. August:** Theorie: Kein Kapitalismus ohne Rassismus, Thema: Drogen, Rassismus und eine sozialistische Antwort am Beispiel des CWI in Australien
- 20. August:** Theorie: "Was ist Materialismus" - Marxistische Theorie leicht gemacht, Thema: Anarchismus versus Marxismus: historisch und aktuell
- 27. August:** Theorie: Lenins Imperialismustheorie, Thema: Mit US-amerikanischen SozialistInnen gegen Bush & Anti-Amerikanismus

- SLP-LINZ** jeden Mittwoch, 19.00 Uhr in der "Alten Welt" (Hauptplatz)
- SLP-SALZBURG** anzutreffen jeden Dienstag bei den Treffen von SWI in Salzburg, 19.00 Uhr im "Shakespeare" (beim Mirabellplatz)

Krisenherd Afrika

NIGERIA

Agrund einer neuerlichen drastischen Erhöhung der Benzinpreise kam es überall im Land zu einem massiven Generalstreik gegen die Regierung Obasanjo. Der NLC (Nigeria Labour Congress) und der TUC (Trade Union Congress) riefen zum landesweiten Generalstreik auf. Mitglieder von DSM (CWI in Nigeria) beteiligten sich an den Streiks und den Demonstrationen. Transport- und HafenerbeiterInnen, MarkthändlerInnen und Angestellte im privaten und öffentlichen Sektor kamen nicht zur Arbeit um gegen die Politik der Regierung zu demonstrieren. Die Polizei ging gegen den, nach 8 Tagen vom TUC eingestellten, Streik mit aller Gewalt vor. Die traurige Bilanz des längsten Streiks seit 1964: 10 Tote.

Neues aus dem CWI

www.worldsocialist-cwi.org

FRANKREICH

Einem halben Millionen Menschen demonstrierten am Sonntag, den 25. Mai, in Paris gegen den Pensionsraub und die sog. "Dezentralisierung" des Bildungssystems (=Bildungsabbau). Schon seit Wochen laufen in ganz Frankreich die Streiks gegen die neoliberale Politik der rechtskonservativen Regierung Raffarin. Gauche Révolutionnaire (CWI in Frankreich) stellte einen Teil dieser Bewegung dar. Mit der Pensionsreform versucht die KapitalistInnenklasse die wichtigsten Säulen des in der Vergangenheit hart er kämpften Sozialsystems zu fällen.

INDIEN

Auch in Indien beteiligen sich zur Zeit Mitglieder von Dudyora Horaata (CWI in Indien) an den Massenstreiks gegen die neoliberale Politik und die damit einhergehenden Privatisierungen der Regierung. In den letzten Jahren mussten auf Grund von Privatisierungen 250.000 Fabriken zusperrten. Das bedeutet 25 Mio. Arbeitslose mehr. Die Streiks, die nur bedingt von den Gewerkschaften gedeckt werden, weiten sich stetig aus und sind nicht mehr "nur" Streiks gegen die Regierung, sondern sie sind Kämpfe gegen den Kapitalismus als solchen.

BRITANNIEN

Sieben Mitglieder der Socialist Party (CWI in Britannien) wurden in das National Executive Committee (NEC) der Public and Commercial Services (PCS) gewählt. Die PCS ist vergleichbar mit der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst und ist die sechstgrößte Einzelgewerkschaft in Britannien. Janice Godrich, Mitglied der Socialist Party siegte in der Wahl um den Vorsitz klar gegen ihren rechten Gegenkandidaten. Die Socialist Party war ein Teil des linken Bündnisses, das bei der Wahl zum NEC 34 Sitze erreichte. Die Rechte erreichte 9 Sitze im NEC. Dies ist einer der größten Siege gegen die rechte Führung in den britischen Gewerkschaften.

www.worldsocialist-cwi.org

Kriege in Afrika werden in den bürgerlichen Medien oft als 'Stammesfehden' dargestellt. Doch hinter den kriegsführenden Parteien stehen Profitgier und das Erbe der kolonialen Herrschaft.

JOHANNA HARMS,
SLP-SALZBURG

Afrika, der rohstoffreichste Kontinent der Erde, ist zerrissen, ausgeplündert und wirtschaftlich bankrott. Die kapitalistischen Regierungen haben den Kontinent in Abhängigkeit von IWF, WTO und Weltbank, des internationalen Kapitals, gebracht. Deren neoliberale Zwangsprogramme haben die sozialen und damit auch ethnischen Probleme zuspitzt. In den letzten Jahrzehnten wurden riesige Schuldenberge angehäuft.

STELLVERTRETERKRIEGE

Bewaffnete Auseinandersetzungen in afrikanischen Ländern sind fast immer Stellvertreterkriege. Dahinter stehen meist größere Nachbarländer, die selbst schwer verschuldet sind und sich Rohstoffe sichern wollen und/oder die ehemaligen Kolonialmächten wie Frankreich, Britannien, Belgien. Mittlerweile leiden viele afrikanische Staaten unter einem "unerklärten Krieg" zwischen den USA und den traditionellen Kolonialmächten, besonders Frankreich, um Einflusssphären auf dem Kontinent. In we-

niger als 15 Jahren hat die USA einen Korridor von Eritrea, Äthiopien, Kenia, Uganda, Ruanda, Burundi und der Demokratischen Republik Kongo (zumindest einen beträchtlichen Teil davon) unter ihre Kontrolle gebracht. Die kriegsführenden Parteien werden von westlichen Regierungen und Großkonzernen unterstützt, um die Kriege am Laufen zu halten und um dafür - natürlich im Westen - Waffen zu kaufen.

KRIEG IN DER D.R.KONGO

In der Demokratischen Republik Kongo hat der Konflikt zwischen den "Hema" und "Lendu" in den letzten Wochen mindestens 50.000 Tote gefordert. Seit 1998 sind dort ca. drei Millionen Menschen im Krieg um Rohstoffe getötet worden. Die Regierung der D.R.Kongo (des früheren Zaïre) unter Präsident Kabila kontrolliert mit Hilfe von Simbabwe und Angola den Süden und den Westen. Die RCD (Kongolese Sammlungsbewegung für Demokratie), die den Osten des Landes kontrolliert, wird von Ruanda unterstützt. Hinter der MLC (Kongolese Befreiungsbewegung), die im Norden das Sagen hat, steht Uganda. Jede der

Kriegsparteien hat als Ziel, sich ihren Anteil am rohstoffreichen Land zu sichern. Mit den Einnahmen aus den Plünderungen der Bodenschätze (wichtige Metalle, Diamanten) werden die Kriege finanziert.

HUMANITÄRE INTERVENTIONEN?

Die angegebenen Gründe für einen "Friedenseinsatz" der UNO im Kongo (humanitäre Situation, Elend der Bevölkerung, usw.) sind nur "fakel". Die letzten Jahre haben die Westmächte den Massakern und Bürgerkriegen einfach zugesehen. Nun erreicht das Chaos und die Zerstörung des großen Landes mittlerweile Ausmaße, die zur Destabilisierung der gesamten Region führen. Rohstofflieferungen werden stark beeinträchtigt.

LIBERIA

Der Präsident des westafrikanischen Landes, Charles Taylor, ist ursprünglich ein eingesetzter warlord (Kriegsherr) der USA. Er ist nicht nur für 14 Jahre BürgerInnenkrieg im eigenen Land mitverantwortlich, sondern hat seine Hände auch im BürgerInnenkrieg von Sierra Leone. Zur Zeit herrscht in Liberia ein Krieg zwischen Regierungssoldaten Taylors und Rebellen der Vereinigten Liberianer für Versöhnung



Kindersoldaten in Liberia

und Demokratie' (LURD). Offiziell hat US-Präsident George W. Bush Taylor wiederholt zum Rücktritt aufgefordert, um die Kämpfe zwischen Regierungstruppen und Rebellen zu beenden. Mit der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft 'Ecowas' wurde über eine mögliche Eingreiftruppe der USA in Liberia beraten. Dabei geht es ganz sicher nicht um die Sicherheit der liberianischen Bevölkerung. Dem Land wurde ein Waffenembargo auferlegt, der Handel mit den begehrten 'Blutdiamanten' soll gestoppt werden. Vor allem wurde aber ein Ausfuhrverbot für Edelhölzer, das wichtigste Exportgut Liberias, verhängt. Bei der extremen Schwäche afrikanischer Länder, die oft von einem einzigen Produkt abhängig sind, kann ein Ausfuhrverbot den Zusammenbruch bedeuten. Anstatt die Schulden der Länder an die Weltbank zu streichen, werden sie durch solche Verbote noch mehr in die Armut getrieben und sind

so mit noch abhängiger von westlichen Ländern. Die Embargopolitik hat sich in Wirklichkeit in den letzten Jahren zu einer der wichtigsten politischen Waffen des Imperialismus entwickelt, um mißliebige Staaten zu bestrafen und willfährige Regierungen zu belohnen.

WIDERSTAND IM AUFBAU

Teilen der Bevölkerung Afrikas kann sehr wohl bewusst werden, dass diese Kriege nicht ihre Kämpfe sind. Die Enttäuschung über die herrschende Politik schlägt sich zum Beispiel in Nigeria auch in Form von Streiks und Generalstreiks nieder. Auch sozialistische Ideen finden wieder Anklang und der Wunsch nach einer Systemänderung wächst. Im Kapitalismus gibt es keine Gerechtigkeit für Afrika. Dem entgegen stellen wir von der SLP und unserer internationalen Organisation eine Welt von Menschen für Menschen, eine sozialistische Welt.

Frauenhandel:

Das erste internationale Verbrechen

Der Skandal um den deutschen CDU-Politiker und TV-Moderator Michel Friedman hat das Phänomen Frauenhandel medienwirksam auf die Titelblätter gebracht: Auf dem Cover des "Spiegel"-Magazins ist unter dem Titel "Importware Sex" eine junge, blonde Frau in lasziver Unterwerfungspose abgebildet. Danach ist dann auf mehreren Seiten, wenn es um die Betroffenen geht, meistens von den "Huren" die Rede. Statt Information und Auseinandersetzung mit den Themen Frauenmigration und Frauenhandel werden Vorurteile und Klischees verbreitet.

PIA ABEL, SLP WIEN-MITTE

Die Bekämpfung des Frauenhandels ist nicht erst seit dem Zusammenbruch des Stalinismus international von Interesse. Bereits Ende des 19. Jahrhunderts gab es Übereinkommen, die vorgeben, den Frauenhandel bekämpfen zu wollen. Tatsächlich wurden seitdem die betroffenen Frauen von der Abschiebung bedroht und in erster Linie Prostitution kriminalisiert. Die heutige Gesetzeslage fußt auf der Grundlage von Abkommen aus den Jahren 1905/1910. Nicht berücksichtigt wird immer noch, dass es sich bei "Frauenhandel" nicht nur um Zwangsprostitution handeln muss. Auch in den Bereichen des Heiratshandels und Handel mit Hausangestellten kommt Frauenhandel vor. Seit jeher ist Frauenhandel mit weiblicher Migration verknüpft. Die Opfer treffen die sehr rationale Entscheidung, ein besseres Leben in westlichen Industriestaaten zu beginnen und haben oft viele Familienmitglieder in ihren Herkunftsländern damit zu ernähren.

OPFERMYTHOS UND REALITÄT

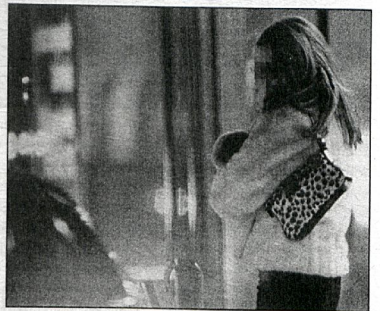
"Gehandelte Frauen" sind keine dummen und passiven Frauen: Meist werden die Betroffenen nicht getäuscht, welche Tätigkeiten sie in den Zielländern erwarten. Die Rechtslosigkeit und die besondere Zwangslage, unter der sie dann dort zu leben haben, ist das, was "Frauenhandel" charakterisiert. Frauenarbeitsmigration kann nicht mit Frauenhandel gleichgesetzt werden, aber nahezu alle vom Frauenhandel Betroffenen sind auf der Suche nach Arbeit, bzw. einem besseren Leben migriert. Nicht auszubildend ist in diesem Zusammenhang auch die Tätigkeit von Heiratsagenturen und die Sextourismusindustrie. Die Vermarktung des "Fremden" verschleiert hier zusätzlich. Die Auseinandersetzung mit den Hintergründen der Frauenmigration und des Frauenhandels bleibt aus. Die wichtigsten Gesetze, die über die Lebenssituation von Migrantinnen entscheiden, sind das Fremdenrecht und das Ausländerbeschäftigungsgesetz. Dadurch wird eine rechtlose Situation erzeugt, die Frau-

en in eine besondere Zwangslage bringt. Real bedeutet das, dass sie sich oft hoch verschulden müssen, zur Ausübung von Dienstleistungen gezwungen werden können und ihrer Würde, ihrer persönlichen und sexuellen Integrität beraubt werden.

RECHTLICHE UND SOZIALE USACHEN VON FRAUENHANDEL

Die vielen verstreuten, für Migrantinnen relevanten gesetzlichen Regelungen sind nicht leicht zusammenzufassen. Unterm Strich ergibt sich aus ihnen die ständige Angst der Betroffenen, abgeschoben zu werden. Auf EU-Ebene wird dem "Sicherheitsproblem" Frauenhandel in erster Linie mit verstärkten Grenzkontrollen und Zeuginnenschutzprogrammen begegnet. Frauen werden hier lediglich, wenn sie in einem Prozess aussagen, für die Dauer des Prozesses vor einer Abschiebung bewahrt. Eine Frau, die sich durch rechtliche Schritte aus ihrer Abhängigkeit befreien möchte, muss demnach gleichzeitig auch wieder in ihr Herkunftsland zurück wollen. Nach

Das Ende vieler Reisen für Frauen aus Osteuropa ist unfreiwilliger Weise der Straßenstrich im Westen.



dem Fremdenrecht gäbe es sogar innerhalb der heutigen migrantinnenfeindlichen Rechtslage die Möglichkeit, für Betroffene ein sogenanntes "humanitäres Aufenthaltsrecht" einzuräumen. Da es sich lediglich um eine Kann-Bestimmung handelt, ist diese noch nie angewendet worden. Eine Frau, die sich von einem österreichischen Staatsbürger vor dem 4. Ehejahr scheiden lässt, verliert ihre Niederlassungsbewilligung, sogar wenn der Scheidungsgrund Gewalt oder Zuhälterei ist. Wenn eine Frau ihre Arbeit verliert und noch nicht 5 Jahre in Österreich ist, verliert sie ihre Niederlassungsbewilligung, wenn ihr Lebensunterhalt nicht gesichert ist. Sexarbeiterinnen haben überhaupt keinen Anspruch auf eine Niederlassungsbewilligung. Dies sind

nur einige wenige Beispiele, die verdeutlichen, dass ohne Aufenthaltsstatus Frauenhandel nicht bekämpft werden kann.

KAMPF GEGEN FRAUENHANDEL

Solange Ausbeutung, Hunger, Perspektivlosigkeit, Menschen in die Migration treibt, werden Frauen ihren Platz in den Migrationsströmen einnehmen - der Kapitalismus weist ihnen den verwundbarsten und schwächsten Platz zu. Nur ein Bleiberecht und gleiche soziale und politische Rechte für alle, wird Frauen aus Abhängigkeiten befreien. Nur gleiche Arbeitsbedingungen für Frauen - auch in diesem Bereich - wird dem schmutzigen Geschäft ein Ende bereiten. Nur der Kampf gegen den Kapitalismus kann Migrantinnen eine Perspektive bieten.

Bundesweites Jugendcamp

von Sozialistischer Widerstand International!

Zwischen 24. und 29. August werden im idyllischen St. Radegund in der Steiermark Jugendliche zusammentreffen, um gemeinsam aktuelle und historische Kämpfe zur Verteidigung ihrer Interessen zu diskutieren. Neben Jugendlichen aus ganz Österreich werden auch internationale Gäste, unter ihnen die Krankenpflegerin Anna aus Moskau am Camp teilnehmen, um Erfahrungen auszutauschen und von Bewegungen aus den jeweiligen Ländern zu berichten.

Um einen etwas detaillierteren Einblick zu ermöglichen stellen nun einige ReferentInnen die Inhalte der von ihnen geleiteten Workshops vor. Der beste Ort, um Anregungen, zusätzliche Wünsche und ähnliches zu deponieren ist, natürlich in St. Radegund selbst.

SÜDAFRIKA-JUGEND IM KAMPF

Lucia Döller

1994: Erste freie Wahlen in Südafrika nach 40 Jahren politischer, wirtschaftlicher und sozialer Unterdrückung der schwarzen Bevölkerung durch eine weiße Elite.

Wir wollen diskutieren, warum es einer weißen Minderheit möglich war, die mehrheitlich schwarze Bevölkerung derart auszubeuten; wie die internationale Unterstützung - USA und Deutschland als Beispiele - für das südafrikanische Apartheidregime ausgesehen hat und was die Interessen dieser Länder waren.

Wir wollen auch auf den Widerstand der schwarzen Bevölkerung einen Schwerpunkt setzen, und vor allem die Rolle der Jugendlichen in diesen Kämpfen herausarbeiten. Denn sie waren ein wesentlicher Bestandteil der jahrelangen Befreiungsbewegung in Südafrika und in den Nachbarländern damals. Durch Organisation von Aufständen, Demonstrationen, Bildung von Straßenkomitees und vor allem Streiks an Schulen und Universitäten. Nicht fehlen darf natürlich eine Bilanz der Entwicklung seit 1994 und ein Blick auf die Kämpfe gegen die neoliberale Politik im heutigen Südafrika.

VON PANTHERN UND BULLEN-DIE BLACK PANTHERS

Jakob Rosenberg

Als die kalifornischen Polizeikräfte 1967 bei ihren Einsätzen in den schwarzen Ghettos von bewaffneten schwarzen Männern und Frauen in Uniformen (den sogenannten Black Panthers) begleitet und überwacht wurden, wurde auch ihnen klar, dass die Auseinandersetzungen rund um das Thema Rassismus eine neue Qualität erlangt hatten.

Doch wer waren diese Black Panthers, was wollten sie? Hätten sie sich damit zufriedengegeben, wenn die alltäglichen Übergriffe auf Schwarze ein Ende gefunden hätten, wollten sie eine "schwarze Kolonie" vom "weißen Amerika" abspalten oder haben sie ihren Kampf gegen die alltägliche Unterdrückung und den Rassismus nur als Teil des Kampfes gegen das kapitalistische System gesehen?

Wir wollen im Workshop "Black Panthers" auf diese und andere Fragen eingehen und diskutieren, inwieweit die Panthers als Vorbild für neuere Bewegungen gehalten können.

WELCHE BILDUNG WOLLEN WIR?

Pablo Hörtner

Unsere Bildung ist den Herrschenden nix wert. Sie kürzen bei öffentlichen Einrichtungen und gewerkschaftlichen Errungenschaften, während sie beim Militär aufrüsten, Geld in Atomenergie stecken und ihre Profite in die Höhe treiben. Bereits im Afghanistan- und später auch im

Irak-Krieg lautete eine unserer Losungen "Bildung statt Krieg!" Gleichzeitig versuchen die Kapitalisten, unsere Ausbildung zur Ware zu machen - an der sie sich dann blöd verdienen können. Dieses System muss weg! Im Kapitalismus gibt es keine Lösung für die überfüllten Klassen, die Aufspaltung in Lehrlinge, GymnasiastInnen und dergleichen, die autoritären und undemokratischen Erziehungsstrukturen, den Mangel an finanziellen Mitteln etc. "Öffentliche und unentgeltliche Erziehung aller Kinder. ... Vereinigung der Erziehung mit der materiellen Produktion usw." forderten schon die Autoren des Manifests der Kommunistischen Partei vor 155 Jahren. Wir wollen diese Ziele diskutieren!

FRAUEN IM KAMPF- WELCHER WEG ZUR GLEICHBERECHTIGUNG

Irene Müller

Frauen spielen in politischen Kämpfen eine wesentliche Rolle. Ohne Frauen wären gerade die derzeitigen Bewegungen - zum Beispiel die Antiglobalisierungs- oder die Antikriegsbewegung - nicht einmal halb so stark, da es gerade junge Frauen und Mädchen sind, die sich in den letzten Jahren verstärkt engagieren. Doch noch immer gleicht die gesellschaftliche Stellung von Frauen nicht annähernd ihrer Rolle in der Gesellschaft. In allen Bereichen des täglichen Lebens werden Frauen diskriminiert und sind verstärkt Gewalt ausgesetzt. Wir wollen diskutieren, wie sich die Analysen, Ziele und Methoden verschiedener feministischer Strömungen unterscheiden, was die effizientesten Organisationsformen sind, ob Männer ein Teil des Kampfes für die Emanzipation von Frauen sein sollen, uvm...

SCHULDENFALLE, INTERNATIONALER WÄHRUNGSFONDS UND WELTBANK

Florentin Döller

"Die Entwicklungshilfe der Industrieländer an die Entwicklungsländer belief sich 1999 auf 56 Mrd. US-Dollar (OECD). Die Zinszahlungen der Entwicklungsländer an die Industrieländer betragen im selben Jahr mehr als das Doppelte: 135 Mrd. US-Dollar." (Weltbank, Global Development Finance)

Im Arbeitskreis sollen folgende Fragen geklärt werden: Wie kam es zu dieser Schuldenfalle? Welche Rolle spielten und spielen IWF und Weltbank dabei? Wie können sich die Entwicklungsländer aus dieser Krise befreien - Stichwort: Entschuldung?

KULTUR UND REVOLUTION

Pablo Hörtner

Um ein verwandtes Themengebiet geht es auch in diesem Workshop. 1938, vor nun 65 Jahren, verlangten der Sozialist Leo Trotzki und der Surrealist André Breton in ihrem Manifest "Für

eine unabhängige revolutionäre Kunst" die Verschmelzung von Alltag und Kunst bei gleichzeitiger Unabhängigkeit derselben vom Stalinismus, der damals die Bewegung dominierte. Wir diskutieren über Moderne und Postmoderne, Subkultur, Internet und neue Medien und was uns noch so einfällt. Eine lebendige, zeitgenössische Kunst muss anders sein als die sterilen Perversionen durch die stalinistische Partei-kunst im ehemaligen Ostblock.

UND VIELES MEHR

Außerdem gibt es Workshops zu: Das GATS-Abkommen: Über die Privatisierung von Dienstleistungen; Imperialismus und Krieg-Hintergründe und Perspektiven; Geschichte des Antifaschismus am Beispiel des Spanischen BürgerInnenkriegs; Rechtstextismus: Aktuelle Situation und Beispiele internationaler Kampagnen dagegen; u.a.

Ferner laufen ein Selbstverteidigungskurs, eine Tour nach Graz, Filme und eine Podiumsdiskussion zum Thema "Eine andere Welt ist nötig, eine sozialistische Welt ist möglich!"



NÄHERE INFOS UNTER: WWW.SWI.AT.TF,

Anmelden unter: swi@slp.at oder 01-524 63 10, PREIS inkl. Anreise, Unterkunft und Verpflegung: 60 EUR (Menschen ohne eigenes Einkommen); 100 EUR (Berufstätige mit Arbeitsplatz & Einkommen).

Wofür wir stehen

- Nein zum Sozialabbau!
Für Umverteilung von oben nach unten!
- Nein zur Sparpropaganda und Politik der Bürgerlichen! Geld ist genug da, es ist nur in den falschen Händen - bei Banken, Versicherungen, Großindustriellen und Großgrundbesitzern!
- Mindestlohn EUR 1.100,- netto.
- Kampf der Arbeitslosigkeit - sofortige Einführung der 30-Stundenwoche bei vollem Lohn.
- Statt Kürzungen im Bildungsbereich eine Ausbildungsoffensive.
- Nein zur Wohnungsnot! Enteignung der Spekulanten!
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung - Kampf dem Verursacher, der Profitwirtschaft. Nein zu „Öko“-Steuern, die nur ArbeitnehmerInnen und sozial Schwache treffen.
- Schluß mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie.
- Entschlossener Kampf dem Rechtstextismus und den rassistischen Gesetzen. Für die volle politische und soziale Gleichberechtigung aller in Österreich lebenden Menschen.
- Volle Gleichberechtigung von Schwule, Lesben und Bisexuelle!
- Nein zu einem repressiven, rechtsextrem durchsetzten Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Nein zu Aufrüstung und Integration in Militärbündnisse (z.B. NATO).
- Für einen breiten Ausbau demokratischer und gewerkschaftlicher Rechte, v.a. im Jugend-, Arbeitnehmerschutz- und wirtschaftlichen Kontrollbereich.
- Nein zu Privatisierung und Zerschlagung des öffentlichen Sektors! Für die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie unter Kontrolle und Verwaltung der ArbeitnehmerInnen
- Nein zum kapitalistischen Chaos, das Verschuldung, Misswirtschaft und Armut produziert. Für eine demokratisch geplante Wirtschaft.
- Nein zur kapitalistischen EU. Sozialismus international auf gleichberechtigter, demokratischer Grundlage.
- Wir wollen eine neue Partei für ArbeiterInnen, Frauen und Jugendliche links von SPÖ und Grünen in Betrieben, Gewerkschaften, Schulen und Unis mitaufbauen. Dabei werden wir für ein sozialistisches Programm eintreten.
- Für eine neue internationale ArbeiterInnenbewegung!
- Eine Revolution ist nötig. Lediglich Reformen führen keine grundlegende Veränderung herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem und für den Sozialismus kämpfen.